



Hohe Zustimmungswerte für die AfD

AfD: Vorübergehender "Hype" oder neue politische Wirklichkeit?

Zuletzt aktualisiert am 07.06.2023 11:38 Uhr



Hans F. Bellstedt

Pioneer Expert, Lehrbeauftragter Politische Kommunikation (Berlin)

In aktuellen Umfragen erlebt die AfD einen Aufschwung – inzwischen landet die Partei hier schon auf Platz drei. Pioneer-Experte Hans F. Bellstedt sagt, was passieren muss, um diese Entwicklung einzudämmen – und ob die hohen Zustimmungswerte nur einen Trend oder eine neue Wirklichkeit darstellen.

Erst 16, dann 17, 18 und inzwischen fast 20 Prozent – der Aufstieg der AfD in den Umfragen im Bund scheint unaufhaltsam.

Gingen die Rechtspopulisten noch bei der Bundestagswahl 2021 nur als fünfte durchs Ziel, so sind sie inzwischen nicht nur an der FDP, sondern auch an den Grünen vorbeigezogen.

Platz drei im Bund für **Weidel, Chrupalla** und Co. – die tektonischen Verschiebungen in der deutschen Parteienlandschaft sind nicht mehr wegzuleugnen.

Allzu deutlich wird dies in den östlichen Bundesländern: In Brandenburg, Sachsen und Thüringen werden in 2024 die Landtage neu gewählt. In allen drei Ländern liegt die AfD in den Umfragen vorn.

Im Oder-Spree-Kreis hat sie vor wenigen Wochen den Sprung an die Macht nur knapp verpasst: Bei der Landratswahl holte ihr Kandidat fast 48 Prozent.

Die Reaktionen der übrigen Parteien sowie vieler Medien auf den Aufstieg der AfD wirken hilflos: Während die einen meinen, die Partei „nicht einmal ignorieren“ zu müssen, scheinen andere daraufzusetzen, dass die bereits unter Beobachtung des Verfassungsschutzes stehende AfD über kurz oder lang verboten werden wird.

Selbst wenn es dazu kommt, wird die Wählerschaft der Partei keineswegs verschwinden, sondern sich umgehend andere Plattformen und Kanäle suchen.

Auch ist es zu bequem, das rechtspopulistische Elektorat als „bedauernswert“ abzutun. **Hillary Clinton** hat diese progressiv-privilegierte Attitüde den Wahlsieg gegen **Donald Trump** gekostet.

Man wird sich also schon näher mit den Gründen dafür befassen müssen, warum immer mehr Menschen den herkömmlichen Parteien den Rücken zuwenden.

Hier ist der Verweis auf die multiplen Krisen der vergangenen Jahre sicherlich nicht völlig abwegig: Von der Flüchtlingskrise 2015 über Pandemie und Inflation bis hin zum Ukrainekrieg mit daraus resultierender Energiepreiskrise hat sich im Land ein Zustand wachsender Verunsicherung eingenistet.

Immer mehr Menschen gehen Halt und Orientierung verloren.

Manche wissen schlicht nicht mehr, wie sie mit ihrem hart erarbeiteten Nettoeinkommen bis zum Monatsende hinkommen sollen. Und welcher Mieter kann sich sicher sein, dass ihm nicht morgen die Kündigung ins Haus flattert?

An dieser Stelle kommt die Ampel-Koalition aus SPD, Grünen und FDP ins Spiel.

ngetreten mit dem Anspruch, mehr Fortschritt zu wagen, wollen die drei Parteien unser Land einem tiefgreifenden Transformationsprozess unterziehen.

Ob Energieversorgung oder Mobilität, ob Rente, Selbstbestimmungs- oder Staatsangehörigkeitsrecht – alles soll grundlegend neu ausgerichtet werden. Anlass dazu gibt es genug: Vieles, was längst hätte angepackt werden müssen, ist in den langen, reformarmen Merkel-Jahren liegen geblieben. Deshalb ist es richtig, dass die Ampel-Partner Deutschland neu aufstellen wollen.

Anstatt sich jedoch an der eigenen Programmatik zu berauschen, müssen die Parteien viel mehr darauf achten, die Menschen in ihrem anstrengenden, oftmals zermürenden Alltag abzuholen. Was hilft ganz konkret der Krankenschwester im hoffnungslos überbelegten München, dem Stahlarbeiter im Ruhrgebiet, dem selbständigen Friseur in Thüringen?

Wer darauf keine Antwort hat, sondern den Anschein erweckt, Politik über die Köpfe der Bürgerinnen und Bürger hinweg zu machen, wird weiter an Zuspruch verlieren, während **Björn Höcke** („Wir holen 33 Prozent“) sich in Erfurt die Hände reibt.

Es braucht somit wieder mehr Realitätsbezug, mehr Alltagsvernunft in der Politik.

So nützt es nichts, in der Klimapolitik mit dem Kopf durch die Wand gehen zu wollen. Gefragt ist vielmehr ein kluger Mix aus unterschiedlichen, Versorgungssicherheit gewährleistenden Energieträgern unter der Maßgabe einer ökologisch verantwortbaren Technologieoffenheit. Nur so kann vermieden werden, dass die ohnehin schon gebeutelten Bürgerinnen und Bürger sich bevormundet fühlen, während die schleichende Deindustrialisierung als Kollateralschaden in Kauf genommen wird.

Die AfD lauert nur darauf, dass die Energiewende zum Rohrkrepiere mutiert.

Zunehmend empfindlich reagieren die Wähler auch auf das Ausgabengebaren des Staates: Die Akzeptanz für überdimensionierte Regierungsneubauten, tausende neuer Beamten- und Beauftragtenstellen sowie fürstliche Gehälter bei *ARD* und *ZDF* erodiert, wenn gleichzeitig die Beschäftigten wegen der Inflation nicht mehr wissen, ob sie sich noch zwei Wochen Mallorca leisten können.

Auch mit Blick auf geplante neue Sozialleistungen fragen viele Menschen nach der Zielgenauigkeit dieser Programme. Es ist deshalb richtig, dass in der Haushaltspolitik ein Paradigmenwechsel hin zu mehr Ausgabendisziplin eingeleitet wird.

Wer den Eindruck erweckt, Steuergelder zu verschwenden, treibt noch mehr Wählerinnen und Wähler in die Arme der AfD.

Groß geworden ist die vor zehn Jahren gegründete AfD durch die Migrationspolitik. Das Thema spielt bis heute in der Positionierung der Partei eine zentrale Rolle. Bundesregierung und auch Union befinden sich hier auf einem schmalen Grat.

Am Bekenntnis Deutschlands zu seinen humanitären Verpflichtungen darf kein Zweifel aufkommen. Auch besteht Konsens darüber, dass qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland hochwillkommen sind. Zugleich beginnt die Bundesregierung, ihre Flüchtlingspolitik stärker an der Aufnahmefähigkeit der Kommunen auszurichten. Ebenfalls trägt sie die Bestrebungen der EU, die Kontrollen an den Außengrenzen zu verschärfen, weitgehend mit. Derweil zeigt Ministerpräsident **Michael Kretschmers** (CDU) Aufruf zu einem veritablen Kurswechsel in der Migrationspolitik, welcher erheblichen Einfluss die AfD jetzt schon auf die Regierenden ausübt, ohne selber mit am Tisch zu sitzen.

Der größte Fehler bestünde darin, die hohen Umfragewerte der AfD nicht ernst zu nehmen:

In Italien stellen die Rechtspopulisten die Ministerpräsidentin.

In Frankreich hat **Marine Le Pen** den *Front National* geschickt entdämonisiert und daraufhin bei der Präsidentschaftswahl über 40 Prozent geholt.

In Schweden geht nichts mehr ohne die Schwedendemokraten, während in Helsinki die Partei „Die Finnen“ in die Regierungsbildung mit einbezogen wird.

Ähnliches könnte bei den vorgezogenen Parlamentswahlen in Spanien der rechtspopulistischen Vox-Partei gelingen.

Die Aussichten der Rechtspopulisten auf die Teilhabe an der Macht sind nicht mehr wegzudiskutieren.

Die Ampel-Partner wie auch die Union müssen deshalb zu einer Politik zurückfinden, die sich ganz konkret an den Alltagssorgen der Bürgerinnen und Bürger ausrichtet.

Gelingt ihnen dies nicht, könnte das Superwahljahr 2024 im Osten Deutschlands ein unsanftes Rendezvous mit einer neuen politischen Wirklichkeit erzeugen.

Dieser Text stammt von unserem Pioneer-Expert Hans F. Bellstedt. Möchten auch Sie Ihre Expertise einbringen? [Hier erklären wir, wie Sie ein Pioneer-Expert werden können.](#)